

Sitzungsniederschrift

15. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich, Sitzungssaal, Raum 1.106		
Sitzungsdatum: 19.11.2019	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:37 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Partei / Wählergruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Hinrich Trauernicht
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU	
Busker, Hinrich	SPD	
Harms, Erich	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Pickel, Sascha	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tjaden, Hinrich	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Brötje, Helge		
Runge, Rolf		
Steven, Michael		

Verwaltung

Ahten, Eiko

Buss, Thomas

de Vries, Ingo

Hayen, Matthias

Hillebrand, Sonja

Krabbe, Henni

Kramer, Christian

Meinen, Olaf

Puchert, Dr. Frank

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Odens, Roelf CDU

Trauernicht, Hinrich SPD

Wienbecker, Johann S.W.K.

Beratende Mitglieder

Götz, Reiner

Noosten, Carl

Valentien, Helge

Wagner, Erich

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 17.09.2019
5. Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung vom 17.09.2019
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.10.2019
7. Einwohnerfragestunde
8. Sachstandsbericht zur Planung und Erstellung eines Integralen Taktfahrplanes ÖPNV im Landkreis Aurich

9. Antrag der SPD-Fraktion - Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Aurich mit Trinkwasser
Vorlage: IX-AF/2019/026
 10. Sachstandsbericht Moorlehrpfad in Marcardsmoor
 11. Antrag der Gruppe AKSB - Durchführung einer Ortsbegehung mit einer sich anschließenden Informationsveranstaltung im Ortsteil Ost-Victorbur
Vorlage: IX-AF/2019/025
 12. Antrag der Gruppe AKSB - Einrichtung eines eigenständigen Umweltausschusses des Kreistages
Vorlage: IX-AF/2019/024
 13. Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes für den Landkreis Aurich
Vorlage: IX/2019/264
 14. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 15. Einwohnerfragestunde
 16. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der **Vorsitzende** eröffnete um 15.02 Uhr die 15. Sitzung des Ausschusses für Kreiseentwicklung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass das Gremium ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde durch **den Vorsitzenden** im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Gremiums festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 17.09.2019

Im Nachgang zu den Ausführungen im Protokoll bat **Abg. Altmann** um weitere Details zum Thema Gasförderung in Engerhufe. **EKR Dr. Puchert** beschrieb daraufhin die grundlegende Problem- und Rechtslage und wies auf das beim OVG Lüneburg anhängende

gige Normenkontrollverfahren hin. Seiner Ansicht nach messe das Unternehmen Vermillion dem Verfahren eine nicht unwesentliche Bedeutung bei. Alles in allem liege die Entscheidung in einem fachlich juristischen und nicht in einem politischen Kontext. Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten folge daher den rechtlichen Rahmenbedingungen, die in diesem Zusammenhang auch keine größeren Spielräume böten. Dementsprechend müsse der Ausgang des anhängigen Normenkontrollverfahrens abgewartet werden. Für Probebohrungen oder sonstige Maßnahmen fehle derzeit jegliche Legitimation.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 17.09.2019 wurde seitens des Gremiums sodann bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung vom 17.09.2019**

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 17.09.2019 wurde seitens des Gremiums bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.10.2019**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.10.2019 wurde seitens des Gremiums bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner wurden keine Fragen gestellt.

TOP 8 **Sachstandsbericht zur Planung und Erstellung eines Integralen Taktfahrplanes ÖPNV im Landkreis Aurich**

Herr Huber und **Herr Kurzeck** von der Beratungsfirma BPV stellten anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation den Sachstand zur Planung und Erstattung eines Integralen Taktfahrplanes ÖPNV für den Landkreis Aurich vor.

Abg. Busker fand den Vortrag interessant. Ihn störe jedoch, dass der Bereich von Emden nach Greetsiel nicht in die Planung einbezogen wurde. Gleiches gelte für den Bereich Großheide / Hage. In der Krummhörn habe man sich bereits darauf eingestellt, dass es kein Angebot zur Busbeförderung gebe.

Unter Erläuterung des Planungsauftrages teilte **Herr Kurzeck** mit, dass vorrangig die Planung der Achse Georgsheil-Emden fokussiert wurde. Wegen der Planung der gymnasialen Außenstelle wurde auch noch der Bereich Egels dazugenommen. Natürlich seien aber auch die Bereiche Hage, Großheide und die Krummhörn überplant worden. In der Krummhörn habe man in diesem Zusammenhang allerdings ein Überangebot an Bussen feststellen müssen. Das Problem liege nicht in der Anzahl der Busse, sondern sei in der fehlenden Kenntnis über Linien und / oder An- und Abfahrtszeiten zu sehen.

Abg. Altmann erkundigte sich, inwieweit in den Planungen die Verknüpfung von Nah- und Fernverkehr berücksichtigt wurde. In diesem Zusammenhang sah sie insbesondere in den Brüchen durchgehender Linien, beispielsweise auf der Linie nach Wilhelmshaven in Wittmund, ein Problem. Für sie sei ebenfalls interessant, welche Ergebnisse sich in den Gesprächen mit der Stadt Aurich hinsichtlich der Einbindung des Stadtbusses ergäben hätten. Zudem bat sie um Darlegung des Zeitkorridores für die Umsetzung.

Herr Huber wies darauf hin, dass sich die Zeitplanung an den langfristigen Laufzeiten der Konzessionen orientiere. Erst am Ende einer Konzession sei eine Linienbündelung möglich. In diesem Zusammenhang ergäben sich Zeitscheiben von 10 Jahren. Die Gespräche mit der Stadt Norden und der Stadt Aurich seien noch relativ frisch. Die Ergebnisse müssten vor einer weiteren Darlegung erst mit der Verwaltung besprochen werden.

Nach Auskunft von **Herrn Kurzeck** biete sich in Aurich eine Einbindung der Stadtbusse im Halbstundentakt an. Die Entscheidungshoheit liege diesbezüglich jedoch bei der Stadt. Auf der Linie 442 bleibe die Fahrzeit nach Georgsheil wie bisher. Dabei sei bis Moordorf ein halbstündiges Angebot möglich. Für den Anschluss der Dörfer werde mit einer einheitlichen, zügigen Linienführung geplant. Mit Blick auf den Schülerverkehr sei dabei ein 2-stündlicher Takt zu gewährleisten. Seitens der Unternehmen gebe es keine Bereitschaft, abseits des Schülerverkehrs weitere Busse einzusehen. Die komplette Überplanung des Schülerverkehrs sei nicht Teil des Auftrages.

Herr Kurzeck ergänzte, dass sich in Leer die Anbindung an den Bahnverkehr optimiert auf die Minute 30 hinsichtlich der Wartezeit günstig gestalten lässt. Bezüglich der Anbindung an Oldenburg lohne sich dies nur in den Morgen- und Abendstunden. Die Umsetzung eines Stundentaktes halte er diesbezüglich für nicht finanzierbar. Realistisch, sofern die Unternehmen mitziehen, sei jedoch eine Drei-Städte-Linie von Aurich über Wittmund nach Jever, mit der man dann von dort nach Oldenburg weiterfahren könnte.

Abg. Looden hob hervor, dass angesichts der Planungen für eine Zentralklinik eine bessere Anbindung von Georgsheil an Aurich erforderlich sei. Das gelte auch für eine Anbindung der Krummhörn. Insofern könne er nicht nachvollziehen, aus welchem Grunde diese von **Abg. Busker** in der Diskussion ins Lächerliche gezogen werden.



EKR Dr. Puchert vermochte in der Aussage von **Abg. Busker** eine gewisse Eigenkritik an der Bevölkerung zu erkennen. Es müsse klar sein, dass eine Aktivierung von Linien immer nur eine begrenzte Akzeptanz auslöse. Mit Blick auf den vorherrschenden Individualverkehr sei es eine Frage der Politik, inwieweit seitens des Landkreises subventioniert werde. Machbar sei alles. Bei allem was gefordert werde müsse man jedoch mitdenken, wer am Ende die Rechnung begleicht.

Abg. Warmulla sah in einer vernünftigeren Vertaktung den Schlüssel zu eine größeren Akzeptanz gegenüber dem ÖPNV. Die Aussage, Leute würden lieber mit dem Auto fahren statt mit dem Bus, greife daher zu kurz. Der von der SPD-Fraktion beantragte Umstieg von der Eigenwirtschaftlichkeit zur Gemeinwirtschaftlichkeit werde von ihm begrüßt. Es stelle sich die Frage, was in der Übergangszeit umsetzbar sei. In Zeiten des Klimawandels könne man nicht lange planen. Wenn man einen ÖPNV haben wolle, müsse man auch Geld in die Hand nehmen. Abschließend würde er gerne wissen, welche Szenarien es gebe, um gleich etwas in Angriff zu nehmen.

Dipl.-Geogr. de Vries schlug vor, das Thema in dem für den 28.11.2019 geplanten Workshop weiter zu diskutieren. Herr Huber schloss sich diesem Vorschlag an, da die Diskussion in der momentanen Tiefe sicherlich länger als zwei Stunden dauern würde. Die Veranstaltung sei so konzipiert, alle aufkommenden Fragen beantworten und eine tiefgreifende Diskussion ermöglichen zu können.

Abg. Jelken bat um Prüfung, ob und inwieweit eine Verbindung nach Augustfehn umgesetzt werden könne. Der Bahnhof in Augustfehn würde von vielen Schülern und Studenten auf dem Weg nach Oldenburg, Bremen und Hannover genutzt. **Herr Kurzeck** sagte eine weitergehende Prüfung, auch vor dem Hintergrund der Rentabilität, zu.

TOP 9 **Antrag der SPD-Fraktion - Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Aurich mit Trinkwasser**
Vorlage: IX-AF/2019/026

Herr Sütering vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) stellt anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation die Situation der Trinkwasserversorgung vor.

Auf Nachfrage von **Abg. Busker** entgegnete **Herr Sütering**, dass die hohen Abgabemengen im Landkreis Aurich aus der Zusammenrechnung der Abwassermengen aller Wasserwerke resultieren.

Abg. Altmann bat um Erläuterung, ob und inwieweit Simulationen hinsichtlich der Auswirkungen von Frackingmaßnahmen auf das Grundwasser durchgeführt wurden. Dies sei laut **Herrn Sütering** bislang nicht der Fall.

EKR Dr. Puchert hinterfragte die Notwendigkeit des Verbrauchs von Trinkwasser in der Industrie. **Herr Sütering** berichtete, dass Industriebetriebe teilweise eigene Förderbrunnen hätten. Dabei werde die Frage diskutiert, ob „gutes Trinkwasser“ beispielsweise zur Kühlung verwendet werden muss. Teilweise brauche die Industrie auch spezielles Wasser. Man habe im OOWV zwischenzeitlich eine eigene Abteilung gebildet, die sich ausschließlich mit der Brauchwassernutzung auseinandersetze.



Herr Sütering berichtete weiter, dass sich das Grundwasser innerhalb der einzelnen Stockwerke in Abhängigkeit von den Niederschlagsmengen regeneriere. In den unteren Stockwerken dauere dies 2-3 Jahre. Ungeachtet dessen seien alle aufgerufen, zusammen an einem gemeinsamen Wasserhaushalt zu arbeiten. Alle stünden vor den gleichen Problemen und es bestehe Einigkeit, dass es noch extremer werde. Jeder einzelne Bürger müsse sich Gedanken machen, beispielsweise, ob im Sommer das Bewässern von Rasenflächen notwendig sei.

Abg. Altmann fand den Trend des übermäßigen Wasserverbrauchs dramatisch und beunruhigend. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren habe das Wassersparen keine Konjunktur mehr. Die Wasserversorgung werde als selbstverständlich angesehen. Die Versorgung mit Trinkwasser sei eine optimierte Dienstleistung, die die Dramatik der Lage nicht merken lasse. Sie stelle die Frage, wie man auf den Trend einwirken könne und welches die richtigen Maßnahmen seien. Es sei z.B. zu hinterfragen, ob man stärker Grauwasser nutzen könne, u.a. um Autowaschanlagen zu betreiben. Bislang hätten noch keinerlei Regelungen gegriffen. Dies allein deshalb, weil offensichtlich im Empfinden der Bürger noch genug Wasser verfügbar zu sein scheint. Neben der Frage der Quantität interessiere sie im Übrigen auch die qualitativen Aspekte, vor allem auch in der Auseinandersetzung mit der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang bat sie um Erläuterung, wie viele Brunnen in der Vergangenheit aufgrund von Problemen mit den Grenzwerten geschlossen werden mussten. Aus dem Vortrag sei ihr zudem das Problem der Versalzung in der Wesermarsch im Gedächtnis geblieben verbunden mit der Frage, ob dieses Ungemach auch für den hiesigen Bereich drohe, insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Wetterlagen.

Herr Sütering vermochte keinen Zusammenhang zwischen der Klimaentwicklung und der Versalzung zu sehen. Auch längere Perioden der Trockenheit würden sich nicht auf die Versalzung auswirken. Dies sei vielmehr der Fall, wenn die Meerwasserspiegel steigen. In diesem Fall stelle sich die Frage, ob sich das versalzene Grundwasser langsam landeinwärts bewege. Hierzu sei ein Forschungsprojekt mit dem Ziel initiiert worden, über eine spezielle Messtechnik den Fortschritt der Versalzung zu prüfen.

Die Qualitätssicherung des Wassers sei ein zunehmendes Problem. Aufgrund der schützenden Deckschichten gebe es aber keine hohen Belastungen durch Nitrat. Zuletzt seien in den 1980er Jahren flachere Brunnen im Zuge von Nitratbelastung geschlossen worden. Dabei würden im nördlichen Verbandsgebiet bessere Verhältnisse vorherrschen als im südlichen Verbandsgebiet. Durch Wasserschutzmaßnahmen würden die Nitratbelastungen mittlerweile zurückgehen, so dass angedacht sei, die geschlossenen Brunnen wieder in Betrieb zu nehmen.

Wie **Herr Sütering** weiter ausführte, sei die Flächenversiegelung generell ein urbanes Problem. Im ländlichen Bereich gebe es demgegenüber Erkenntnislücken, wo insbesondere der schnelle Abfluss durch die Vorfluter zu betrachten sei.

Unter Bezugnahme auf das in der Präsentation dargestellte Verbundsystem erkundigte sich **EKR Dr. Puchert**, ob zur Gewährleistung der Trinkwasserqualität eine Durchmischung des Wassers innerhalb des Verbundes notwendig sei.

Herr Sütering entgegnete, dass das Wasser in einer mischbaren Trinkwasserqualität eingespeist werde. Das Wasser müsse aber nicht gemischt werden, um bestimmte Nitratwerte einzuhalten. Selbst das Wasser, das aus großen Tiefen gefördert werde, sei 20 - 30 Jahre alt. Dieses unterlag damit den Bedingungen, die damals galten. Damit



komme das Problem in der Wassergewinnung erst zukünftig zum tragen. Selbst im südlichen Verbandsgebiet seien die tiefen Schichten in den meisten Werten nitratfrei. Im Oberflächenbereich sei dies anders. In 40 Jahren könne sich die Situation letztendlich ganz anders darstellen. Nitrat werde durch natürliche Prozesse im Boden abgebaut. Aber auch dieser Prozess sei endlich.

Abg. Looden hinterfragte die Sinnhaftigkeit, Süßwasser in die Nordsee zu pumpen. **Herr Sütering** sah auch hierin ein Feld für weitergehende Diskussionen, auch mit anderen Verbänden. Auch wenn es offensichtlich momentan nicht anders gehe müsse man perspektiv schauen, wo welches Wasser infiltriert oder versickert lassen werden könnte.

Herr Steven sah in der Neubildung des Grundwassers ein kommendes Problem. Die Versalzung sei auch im Rheiderland Gegenstand der Diskussion. Ein Streitpunkt sei dort gewesen, ob die Versalzung durch die Ems oder unmittelbar durch die Versalzung des Grundwassers selbst entstanden sei. Das Kernproblem sei die Neubildungsrate. Wünschenswert sei eine Karte für Ostfriesland die auszeichne, welche Bereiche zur Erhaltung des Grundwassers sensibel seien.

Herr Sütering bestätigte, dass es Karten zur Grundwasserneubildung gebe. Die darin zum Ausdruck kommenden geologischen Fenster seien exakt das, an was man arbeiten müsse. Es gebe viele theoretische Grundlagen. Gesucht seien aber Pilotgebiete, wo diese in der Praxis erprobt werden könnten.

Abg. Warmulla sah die Ostfriesen hinsichtlich der aufkommenden Probleme mit dem Grundwasser sich auf der Insel der Sorglosigkeit wähnen. Vielen sei noch nicht klar, dass in den nächsten Jahren große Probleme auf sie zukommen würden. Nachdem im Vortrag eine Ausschöpfung der Wasserrechte von 80-85 % genannt wurde bat er um Darlegung, wie mit einer weitergehenden Auslastung im Bereich bis hin zu 100 % umgegangen werde. Hinsichtlich der Wassermischung nahm **Abg. Warmulla** Bezug auf eine Berichterstattung in der Zeitung, nach der schon bereits jetzt belastetes und unbelastetes Rohwasser gemischt werde, um eine gleichbleibende Qualität zu gewährleisten. Dies sei nicht zu akzeptieren und könne auch nicht die Zukunft sein. Schließlich bat er um eine Darstellung der wasserrechtlichen Zuständigkeiten bzw. der rechtliche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen.

Bezüglich der Fragestellungen zur Gewährleistung der Wasserqualität verwies **Herr Sütering** auf seine diesbezüglich spezialisierten Fachkollegen beim OOWV. Ein ordnungsrechtlicher Rahmen, der alle Tatbestände und Gegebenheiten regelt, sei wünschenswert. Diese Vorstellung entspräche jedoch nicht der Realität. Hier zeige sich vielmehr ein schwerer Prozess der Kompromissfindung zwischen den Interessen der Bevölkerung, der Verbände und Institutionen sowie der Lobbyarbeit. Die Düngeverordnung sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Das eingeräumte Wasserrecht beschreibe die Menge an Wasser, die umweltverträglich zu gewinnen sei und stehe unter der Grundannahme, dass sich dieses Wasser über das Jahr auch neu bilden können muss. Wenn die Wasserstände absinken würden, sei diese Annahme falsch. Dieser Nachweis müsse aber vom Wassererzeuger geführt werden. Alles in allem habe sich hier eine komplexe Thematik entwickelt. Verfahren würden teilweise 5-10 Jahre dauern (im Landkreis Aurich kürzer). Zudem müsse jedes Jahr neuen Auflagen Rechnung getragen werden.

Herr Steven hielt eine zusätzliche Entnahme für bedenklich. Um die Regenerationsfähigkeit sicherzustellen, sei eine Ausweitung der Entnahmegebiete kritisch zu prüfen.

Abg. Busker sah es als wichtig an, die Bevölkerung über die Folgen des Wasserverbrauchs besser aufzuklären. Dies könne zielgerichtet nur über einen differenzierten Preis erreicht werden.

Abg. Meyerholz wies darauf hin, dass das Wasser im Eigentum der Kommunen stehe, die Vergabestelle sei aber der Landkreis. Er fragte, ob ggf. anderenorts neue Wasserwerke eröffnet werden könnten.

Herr Sütering teilte mit, dass man sich diesbezüglich momentan in der geologischen Prüfung befände. Auch hierbei stelle sich die Frage, ob und inwieweit an einem potentiellen Standort eine umweltverträgliche Wasserförderung umzusetzen sei.

Abg. Altmann bat neben der allgemein skizzierten Möglichkeit von Wassereinsparpotentialen im Privatbereich um Darlegung, wo konkret die größten und notwendigsten Einsparpotentiale liegen. Ungeachtet der Diskussion über Nitrat interessiere sie auch, inwieweit die Belastung durch Arzneimittel und Mikroplastik Berücksichtigung finde.

Herr Sütering bedauerte, eine entsprechende Masterstrategie nicht liefern zu können. Die genannten Dinge würden aber bei der Erschließung neuer Fördergebiete eine Rolle spielen. Die Wasserverbräuche müssten in einer Gesamtschau über alle Verbrauchsgruppen bewertet werden. Hierfür stünde leider aber nicht ausreichend Zeit zur Verfügung.

TOP 10 **Sachstandsbericht Moorlehrpfad in Marcardsmoor**

Dipl.-Geogr. de Vries berichtete, dass der geplante „Runde Tisch“ Ende Oktober stattgefunden habe. **KA Kramer** habe ihn zu dem Termin begleitet. Sodann stellte er die Ergebnisse des Austausches anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation vor.

Abg. Kleinert verlässt um 17.03 Uhr die Sitzung.

Abg. Pickel verlässt um 17.05 Uhr die Sitzung.

Unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Zeitung stellte **Abg. Meyerholz** die Trägerschaft und die Finanzierung als Probleme heraus. Der Landkreis halte sich hinsichtlich der Finanzierung anscheinend zurück. **KA Kramer** habe gesagt, dass das Saatgut finanziert wird. Dies wurde durch **KA Kramer** bestätigt.

Dipl.-Geogr. de Vries stellte fest, dass man durch den Abschluss der Arbeiten am Regionalen Raumordnungsprogramm in die Lage versetzt wurde, die Planungen für den Moorlehrpfad weiterzuführen. Um das Gesamtkonzept abzurunden seien die Anträge und der Gestaltungsprozess unabdingbar. Dies konnte erst mit dem Ende vorangegangenen Monats in die Wege geleitet werden.

Abg. Jelken bestätigte das in der Präsentation Vorgetragene und sieht darin ein vielschichtiges und interessantes Projekt, das über eine größere Fläche viele Dinge zu-



sammenführen und einbinden könne. Es sei von einem Vorzeigevorhaben für den Landkreis Aurich und ganz Ostfriesland zu sprechen. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis klappe hervorragend. In Marcardsmoor werde das gelebt, was im Raumordnungsprogramm vorgeplant wurde. Dies gehe aber nicht von heute auf morgen.

Auf den Hinweis von **Abg. Altmann**, dass das Projekt vor Ort umstritten sei, reduzierte **Dipl.-Geogr. de Vries** dies auf das IGEK-Kompromisspapier. In der Gesamtheit sei das Projekt hingegen stimmig.

Herr Steven sah in der Verzahnung des Lehrpfades mit den Schutzgebieten eine mögliche Finanzierungsquelle und regte an, derartige Überlegungen in den Planungsprozess einfließen zu lassen.

Laut **Abg. Meyer** sei vielen nicht bekannt, dass die Stadt Wiesmoor in Zusammenarbeit mit der Moorverwaltung abgebaute Flächen im südlichen Marcardsmoor der Renaturierung zuführe. Aus seiner Sicht sollte das Ganze zusammengefasst werden, damit diese Flächen später als Ganzes erlebt werden können.

TOP 11 **Antrag der Gruppe AKSB - Durchführung einer Ortsbegehung mit einer sich anschließenden Informationsveranstaltung im Ortsteil Ost-Victorbur**
Vorlage: IX-AF/2019/025

Der Vorsitzende berichtete, dass man den Antrag in seiner Fraktion besprochen habe und weitergehender Erklärungsbedarf durch die AKSB-Fraktion gesehen werde. Da in der Sitzung kein Abgeordneter der AKSB zugegen sei, empfahl er dem Ausschuss, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Abg. Altmann erklärte sich mit einer Verlegung des Tagesordnungspunktes einverstanden. Gegenständlich handele sich um ein „Schlammloch“, in das unbekannt Gifte eingebracht wurden. Dies dürfe man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ihre Fraktion habe bereits 2017 in diesem Zusammenhang eine Anfrage gestellt.

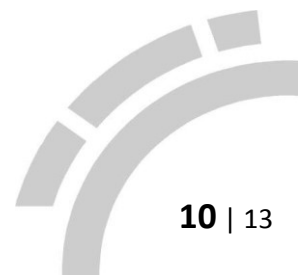
EKR Dr. Puchert teilte mit, dass unabhängig von der Absetzung weitergehende Informationen eingeholt und zur Darstellung aufbereitet würden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **abgesetzt**

TOP 12 **Antrag der Gruppe AKSB - Einrichtung eines eigenständigen Umweltausschusses des Kreistages**
Vorlage: IX-AF/2019/024

Abg. Busker teilte mit, dass die SPD-Fraktion einen gleichlautenden Antrag eingebracht habe. Der Antrag der AKSB werde deshalb von seiner Fraktion unterstützt. **Abg. Altmann** und **Abg. Warmulla** schloss sich dem für ihre Fraktionen an.



Unter Verweis auf die letzte Wahlperiode stellte **Abg. Bargmann** dar, dass es schwierig war, bei zwei getrennten Ausschüssen die jeweiligen Tagesordnungspunkte inhaltlich genau zuzuordnen. Er halte eine Trennung daher nicht für zweckmäßig. Stattdessen plädiere er für eine Erhöhung der Sitzungsfrequenz des Ausschusses für Kreiseentwicklung. Es sei genug Zeit da, um die Themen in einem Ausschuss zu diskutieren.

Aufgrund der Tatsache, dass die Ausschüsse erst zu Beginn der Wahlperiode zusammengefasst wurden, plädierte **Abg. Looden** dafür, keine Veränderungen vorzunehmen.

Abg. Altmann fühlte sich in der Annahme getäuscht, dass die gegenständliche Beschlussfassung in gegenseitiger Übereinstimmung durchgehe. Mit Blick auf die Tagesordnung stellte sie fest, dass sich das Gremium auch in dieser Sitzung wieder vorwiegend mit Umweltthemen befasse. Ihrer Ansicht nach müsste sich in einem Flächenlandkreis, der vor allem auch das Naturerbe Wattenmeer umfasse, die Umweltthematik im Namen eines entsprechen Gremiums widerspiegeln. Nicht zuletzt als deutliches Signal für die Gewichtung dieses Themas sei sie dafür, wieder einen Umweltausschuss einzuführen.

Abg. Tjaden regte an, den Begriff „Umweltausschuss“ in die Bezeichnung des Ausschusses für Kreiseentwicklung aufzunehmen. Da die Themen ausführlich besprochen würden, käme man allerdings meist nie mit der Zeit zurecht.

Abg. Meyerholz plädierte für eine Umbenennung. Die Trennung in zwei Ausschüsse würde eine zeitliche Verdichtung von Sitzungen und eine größere Zahl von Themen nach sich ziehen.

Abg. Jelken tendierte auch eher zu einem Ausschuss als zu Bildung von zwei Gremien. Es stünde ansonsten zu befürchten, dass Themen evtl. doppelt behandelt werden bzw. doppelt behandelt werden müssen. Insofern sei es einfacher, in einem ggf. umbenannten Ausschuss alle Themen einheitlich abzuhandeln. Alle etwaigen Tagesordnungspunkte eines Umweltausschusses könnten auch in diesem Gremium behandelt werden.

Im Gegensatz dazu sprach sich **Abg. Strömer** für eine Trennung der Ausschüsse aus. Er sehe für den Wirtschaftsausschuss abseits von Umweltthemen künftig eine andere Schwerpunktbildung.

Abg. Busker resümierte, dass die dargestellten Argumente teilweise für sich sprechen. Im Rückblick auf den Umweltausschuss der vorigen Wahlperiode erinnere er sich vor allem an stundenlange Vorträge durch Sachverständige. Man habe sich abgestimmt, über die Dinge nochmals in der Fraktion zu sprechen und schlug vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **Zurückgestellt**



TOP 13 **Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes für den Landkreis Aurich**
Vorlage: IX/2019/264

Abg. Altmann bat um Auskunft, ob für den Kleiabbau weitere Gebiete ausgewiesen werden und wo diese verortet sind. Analog zum Sandabbau könnten sensible Gebiete betroffen sein.

Dipl.-Geogr. de Vries wies darauf hin, dass das Land Niedersachsen bereits im Jahr 2012 Potentialgebiete identifiziert habe. Diese würden teilweise auch in Vogelschutzgebieten liegen. Ein Kleiabbau sei hier nicht ausgeschlossen und könnte dem Vogel-schutzgebiet sogar zugute kommen.

Abg. Busker bestätigte, dass man in den Kleientnahmegebieten in der Nähe der Deiche auf eine tolle Vegetation blicken könnte.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 14 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abg. Tjaden bat dafür Sorge zu tragen, dass der Fraktionsraum zur Vorbereitung eine Stunde vor der Sitzung zur Verfügung stehe. Er musste wiederholt feststellen, dass der Raum durch andere Nutzer belegt war.

TOP 15 **Einwohnerfragestunde**

Einwohner Brinkmeyer nahm Bezug auf die Vorstellung der Planungen zum Integralen Taktfahrplan und sah die Potentiale, Leute für eine verstärkte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu gewinnen, nicht ausgeschöpft. Es sei nicht damit getan zu unterstellen, dass die Bürger generell den Individualverkehr bevorzugen. Viele würden sich einen Anschluss an gute öffentliche Verkehrsmittel wünschen.

Dipl.-Geogr. de Vries skizzierte, dass es bereits seit längerer Zeit in der gesamten VEJ Projekte wie beispielsweise den Einsteigerbus gebe. Man müsse leider feststellen, dass solche Angebote immer seltener nachgefragt würden. Auch die Nachtbusse würden, trotz Werbung, mittlerweile nicht mehr groß frequentiert. Es gelte, einen langen Atem zu haben um Überzeugungsarbeit zu leisten.

Abg. Meyerholz nahm Rückbezug auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt und hinterfragte die Terminplanung für die am 02.12.2019 geplante fraktionsübergreifende Erarbeitung eines gemeinsamen Klimaschutzantrages. Ihm sei weder der Termin bekannt, noch sei ihm eine Einladung zugegangen.

Laut **Dipl.-Geogr. de Vries** wurde in der letzten Sitzung festgelegt, dass jede Fraktion Teilnehmer benennen sollte. Man habe lange gewartet, aber nur von zwei Fraktionen eine Rückmeldung erhalten. Mit den gemeldeten Fraktionen wurde ein gemeinsamer Termin gefunden.

Abg. Strömer wies darauf hin, dass sich seine Fraktion direkt beim Landrat gemeldet hätte. Eine Einladung sei aber auch ihm nicht zugegangen.

Abg. Busker stellte für alle Anwesenden des Gremiums fest, dass der Termin auf den 02.12.2019 um 17.00 Uhr festgelegt wurde.

Die Ausschussmitglieder führten daraufhin eine kontroverse Diskussion über die Art und Weise sowie die Umstände der Terminfindung.

TOP 16 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloß um 17.37 Uhr die 15. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung.

gez. Rinderhagen
Vorsitzender

gez. Buss
Protokollführer

